

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 29.09.2011 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
2. Bürgermeister May  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadträtin Mahlmeister

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Freitag  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm  
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berufsmäßige Stadträte:

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Verwaltungsrat Hartner  
Bauamtsleiter Graumann  
Stadtplaner Pohl  
Herr Täuber, Energieagentur Nordbayern (Ziffer 1)  
Dipl. – Ing. Rützel (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Wachter  
Stadtrat Haag  
Herr Pfreuzinger (Ortssprecher Hoheim)

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller fragt nach, ob der Tagesordnungspunkt 9 „Zuschuss Sanierung Deutsches Fastnachtsmuseum“ nach der Behandlung des Energieberichtes vorgezogen werden könne.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass Gäste, die entsprechend später kommen würden, diesen Punkt verpassen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung.

### **Mit 22 : 3 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Tagesordnungspunkt 9 „Zuschuss Sanierung Deutsches Fastnachtsmuseum“ vorzuziehen.

Bürgermeister Christof verweist hinsichtlich des „Tag der offenen Tür in den Marshall Heights“ auf eine Liste, die in Umlauf gegeben wird und in der sich die Stadträte eintragen sollen.

Stadtrat Schmidt bittet, die Plätze, welche nicht von den Stadträten eingenommen werden, der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Stadtrat Schmidt verweist darüber hinaus auf eine Fahrt durch die Marshall Heights seitens des Kreistages, an der der Stadtrat teilnehmen sollte. Diese wurde im vergangenen Jahr abgesagt und er bittet, diese Fahrt nochmals ins Auge zu fassen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass eine Fahrt durch die Marshall Heights sicherlich jederzeit möglich sein werde.

### 1. Kommunales Energiemanagement:

#### Zwischenbericht der Energieagentur Nordbayern GmbH

A. Herr Täuber, Energieagentur Nordbayern, geht ausführlich auf seinen Zwischenbericht ein und stellt die Gebäude, die für die Stadt Kitzingen betreut werden, dar.

Dabei geht er im Wesentlichen auf folgende Schritte ein:

#### Schritt 1

- Bestandsaufnahmen aller Gebäude mit Erstellung einer Zählerstruktur
- Optimierung der Regelungen, z. B. Heizzeiten: Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
- Optimierung der vorhandenen Umwälzpumpen
- Erkennen und Ansprechen von Defekten
- Einweisung der Gebäudeverantwortlichen

- Nutzerschulung (Umweltbildung Grund- und Hauptschule Kitzingen-Siedlung, 20 Energiedetektive in 10 Klassen)

#### Schritte 2: Analyse möglicher investiver Maßnahmen:

- Schwachstellenanalyse
- Erarbeiten von bedarfsgerechten Lösungskonzepten für investive Maßnahmen unter Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energien
- Wirtschaftliche und ökologische Darstellung der geplanten Investitionen
- Aufzeigen von Finanzierungs- und Betreiberformen
- Begleitung der Umsetzung investiver Maßnahmen
- Kontrolle der Energieeinsparung, evtl. Fehlersuche

Herr Täuber verweist auf eine Aufstellung der Verbräuche der einzelnen Liegenschaften und auf die Wärmeinsparungen innerhalb des Messzeitraumes 2009/2010 (Wärmeeinsparung 980 MWh, rd. 98.000 m<sup>3</sup> Gas/Liter Öl) gegenüber dem Referenzzeitraum von 2006 bis 2008.

Darüber hinaus wurden bei verschiedenen Liegenschaften Mängel festgestellt und folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Heizungsregelung im Rathaus nicht funktionsfähig – mittelfristige Erneuerung der Heizungsanlage Rathaus mit entsprechendem Einsparungspotential erforderlich
- Solaranlagen der Dreifachturnhalle waren zum Zeitpunkt der Begehung nicht funktionsfähig, was überprüft werden muss
- Warmwasserbereitung muss überprüft werden, da zum Teil zu große Bevorratung in verschiedenen LS, z. B: Turnhalle Siedlungsschule

Darüber hinaus stellt Herr Täuber dar, dass gegenwärtig verschiedenen Angebote für Umwälzpumpen eingeholt werden.

Abschließend erläutert Herr Täuber die weiteren Schritte:

- Optimierung der Heizungsregelungen
- Optimierung bzw. wirtschaftlicher Austausch der Heizungsumwälzpumpen durch Hocheffizienzpumpen
- Prüfen der bestehenden Wartungsverträge für Heizung und Regelung
- Berechnung für den Einbau von Renecost-Anlagen (Spannungsstabilisierung) für geeignete Anlagen
- Gezielte Eingriffe nach Auswertung der Daten im 1. Jahresbericht
- Nutzerschulungen.

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Ökologie und Energie bedankt sich für den Vortrag und stellt fest, dass das Ziel, welches angestrebt war, auch erreicht werden konnte. Er fragt nach, welche Einsparungen zusätzlich erreicht werden können oder ob es sich hierbei bereits um das Maximum handle.

Herr Täuber erklärt, dass man sich noch am Anfang des Prozesses befinde und man nun verschiedene Lösungen vorgeschlagen habe. Nach der Einholung von Angeboten müsse die Umsetzung vorbereitet werden. Beispielsweise im Rathaus, wo eine neue Heizanlage fällig wäre, bestehe erhebliches Einsparpotential.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass bei Auftragserteilung im Jahr 2009 eine Kostenneutralität zugesichert wurde. Er bezweifle die Erfolge und könne eine Kostenneutralität nicht erkennen. Er möchte wissen, weshalb es nicht optimal gelaufen sei und fragt, ob dies an den Schnittstellen im Rathaus liegen könnte. Bei einem Kostenrahmen in Höhe von 260.000 € (Planungsauftrag) erwarte er sich eine entsprechende Gegenleistung.

Darüber hinaus kritisiert er, dass bei festgestellten Mängeln die Verwaltung entsprechend handeln müsse, was bei diversen Fällen nicht passiert sei und stellt in Frage, den Vertrag bis zum Jahresende 2011 zu verlängern. Im Übrigen müssten für eine Umsetzung die entsprechenden Haushaltsmittel eingestellt werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Vertrag bereits bis zum Jahresende 2011 kostenneutral verlängert wurde, da zwei im Vertrag aufgeführte Gebäude weggefallen seien.

Stadtrat Schmidt bedankt sich für den Vortrag und erklärt, dass bei energetischen Maßnahmen kurzfristig nur bedingt mit einem zeitnahen Ergebnis zu rechnen sei und man nun die weitere Entwicklung beobachten müsse. Von einem Erfolg könne man erst nach einer entsprechenden Amortisierung sprechen, wofür noch etwas Geduld aufgewandt werden müsse.

Für anstehende Entscheidungen und Vorhaben seien darüber hinaus die Einstellung der Mittel in den Haushalt wichtig.

Stadtrat Pauluhn stellt dar, dass das Ziel der Maßnahme ein Aufgabenkatalog sein müsse, mit Aussagen, welche Aufgaben sinnvoll seien, welche in welchem Zeitraum machbar seien und wie es sich mit der Amortisierung verhalte. Insbesondere die Kostendarstellung seien mit Blick auf die Haushaltsplanung von Bedeutung.

Herr Täuber stellt hinsichtlich der Maßnahmen und der Veranschlagung von Kosten im Haushalt dar, dass bei einem neuen Gebäude keinerlei investive Maßnahmen anstehen, sondern es hierbei lediglich um die Optimierung der Heizungsanlagen gehe, da sie meist falsch eingestellt seien bzw. es sich um Nutzerfehler handle.

Im Folgenden bezieht sich Stadtrat Pauluhn auf die Hausmeister, die meist verschiene handwerkliche Ausbildungen haben und möchte wissen, ob beispielsweise ein Heizungsfachmann für die gesamte Stadt sinnvoll ist.

Herr Täuber erklärt, dass dies durchaus sinnvoll sein könnte.

Dipl. – Ing. Rützel erklärt mit Blick auf die Diskussion, dass die Betreuung des Energieprogramms sehr arbeitsaufwendig sei und der Erfolg vom entsprechenden Personal abhängig sei. Hinsichtlich des Heizungsfachmanns gibt er zu Bedenken, dass in der Regel dennoch die Fachfirma kommen müsse, um mit den entsprechenden Geräten die Fehler auszulesen.

Stadtrat Moser ist der Auffassung, einen Beschluss zu fassen, zu welchem Zeitpunkt welche Maßnahmen angegangen werden sollen, auch mit Blick auf die entsprechende Festlegung im Haushalt.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass ein solcher Beschluss nicht notwendig sei und weist darauf hin, dass das entsprechende Fachamt den Bedarf an die Haushaltsabteilung melden und anschließend der Stadtrat im Rahmen des Haushaltes darüber entscheiden könne.

Stadträtin Glos bittet, den Stadträten den umfangreichen Bericht zukommen zulassen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Umfang des Berichts und erklärt, dass dieser jederzeit in der Verwaltung eingesehen werden könne.

Auf die Frage von Stadtrat Schardt, welche Handlungsempfehlungen Herr Täuber für die Deustersporthalle geben könne, stellt er dar, dass an der Sporthalle ein erheblicher Bedarf bestehe, er dies jedoch nur aus energetischer Sicht begründen könne. Die wirtschaftliche Berechnung müsse gesondert betrachtet werden.

Oberbürgermeister Müller bedankt sich für den Vortrag von Herrn Täuber und bittet den Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Die ggf. nötigen Beschlüsse für die investiven Maßnahmen werden zu gegebenen Zeit gefasst.

2. Bund-Länder-Städtebauförderung - Stadtumbau West - Förderung von Privatmaßnahmen: Sanierung Deutsches Fastnachtmuseum Luitpoldstr. 4 und Rosenstr. 8/10

Antragsteller: Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval

(Bürgermeister Christof und Stadtrat Schmidt sind von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begeben sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag, die Beratung und Beschlussfassung im Finanzausschuss und erkundigt sich nach Fragen.

Stadträtin Glos stellt fest, dass im städtischen Haushalt gegenwärtig 375.000,00 € eingestellt seien und man hiermit den Haushalt unterlaufe, da die Maßnahme in der Form noch nicht angedacht war. Sie bittet den Betrag in Höhe von 475.000,00 € zu deckeln.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies bereits im Beschlusssentwurf vorgesehen sei.

**B. Mit 24 : 0 Stimmen**

Die Privatmaßnahme Umbau und Sanierung des Deutschen Fastnachtmuseum in der Luitpoldstraße 4 und Rosenstraße 8/10 durch die Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval wird mit einem voraussichtlichen Kostenerstattungsbetrag in Höhe von 1.185.000 € gefördert.

Der Zuschussanteil der Stadt Kitzingen beträgt maximal 475.000 € (40 %).

Vorbehaltlich der Prüfung und Bewilligung durch die Regierung von Unterfranken zuzüglich eines 60 % Anteils von 710.000 €. In Aussicht gestellte Städtebaufördermittel werden von der Stadt Kitzingen nicht vorfinanziert sondern erst nach Bewilligung und erfolgtem Abruf weitergeleitet. Der Zuschuss der Stadt Kitzingen kann gemäß der Modernisierungsvereinbarung ausbezahlt werden.

3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan V.99.1 "Erweiterung Biogasanlage Geisspitze" mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes (39. Änd.) - Abwägung und Satzungsbeschluss

**A. Mit 24 : 2 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes wurde zwischen dem 16.06.2011 und dem 27.07.2011 durchgeführt. Die eingegangenen Anregungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander (nach § 1 Abs. 7 BauGB) entsprechend den in der beigefügten tabellarischen Zusammenstellung vorgeschlagenen Abwägungsvorschläge beschlossen.

3. Der Stadtrat stellt die 36. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 09.06.2011 fest und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan V.99.1 „Erweiterung Biogasanlage Geisspitze“ in der Fassung vom 29.09.2011 gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 81 BayBO sowie § 23 GemO als Satzung.

4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die 36. Änderung des Flächennutzungsplans der Regierung von Unterfranken zur Genehmigung einzureichen und die Genehmigung anschließend öffentlich bekannt zu machen.
  5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Genehmigung des Flächennutzungsplanes durch die Regierung von Unterfranken, den Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes öffentlich bekannt zu machen.
- B. Stadtrat Schmidt gibt zu Protokoll, dass er nur aufgrund des immensen Arbeitsaufwandes, der mit der Änderung des Flächennutzungsplans bzw. Bebauungsplans wegen eines Teilstückes einher ging, dagegen gestimmt habe, er sich gleichwohl im Grunde für Biogasanlagen ausspreche.
4. Bebauungsplan Nr. 103 "Gewerbegebiet Innopark Kitzingen" mit paralleler Änderung des FNP (36. Änd.) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- A. Eingangs wird kurz darüber diskutiert, ob Stadträtin Schwab persönlich beteiligt ist, da ihr Gatte einen Einwand vorbrachte. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass dies kein Grund sein und sie an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen dürfe. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die vorgebrachten Bedenken sowie den entsprechenden Abwägungsvorschlag ein. Stadträtin Schwab bezieht sich auf den Punkt 5 des Abwägungsvorschlages und äußert ihren Unmut, dass sie dann ihre Biogasanlage nicht mehr erweitern dürfe, obwohl sie in einer landwirtschaftlichen Dauernutzzone lebe und somit schlechter als andere in diesem Gebiet befindliche Landwirte gestellt werde. Stadtplaner Pohl erklärt, dass die Ausweisung der Dauernutzzone nicht rechtlich verbindlich sei. Darüber hinaus sei die Ausweisung des allgemeinen Wohngebietes in diesen Bebauungsplan nicht ausschlaggebend, da bei einer Erweiterung der Biogasanlage auch die gegenüberliegenden Wohnhäuser berücksichtigt werden müssen. Stadträtin Schwab gibt zu Bedenken, dass die Genehmigung nach dem Immissionsschutzrecht erst ab einer gewissen Leistungsstärke verlangt werde, was Stadtplaner Pohl bejaht. Stadträtin Richter stellt fest, dass Stadträtin Schwab offenbar die geänderte Fassung nicht vorliegen habe und weist darauf hin, dass dieser Absatz im Finanzausschuss gestrichen wurde. Stadtrat Rank ist der Auffassung, dass bei der Abwägung des Bayerischen Bauernverbandes auf Seite 13 ebenfalls dieser Absatz gestrichen werden sollte. Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass man dies streichen könne, jedoch entsprechend im Beschlussentwurf ersichtlich machen müsse.

#### **B. Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes wurde zwischen dem 21.03.2011 und dem 22.04.2011 durchgeführt. Die eingegangenen Anregungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander (nach § 1 Abs. 7 BauGB) entsprechend den in der beigefügten geänderten (Streichung Seite 13 unter 5. rechte Spalte, 3. Absatz) tabellarischen Zusammenstellung vorgeschlagenen Abwägungsvorschlägen beschlossen.

3. Der Stadtrat stellt die 36. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 03.03.2011 fest und beschließt den Bebauungsplan Nr. 103 „Gewerbegebiet Inno-park Kitzingen“ in der Fassung vom 29.09.2011 gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 81 BayBO sowie § 23 GemO als Satzung.
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die 36. Änderung des Flächennutzungsplans der Regierung von Unterfranken zur Genehmigung einzureichen und die Genehmigung anschließend öffentlich bekannt zu machen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Genehmigung des Flächen-nutzungsplanes durch die Regierung von Unterfranken, den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes öffentlich bekannt zu machen.

5. Budgetabrechnung 2010  
Stadtjugendpflege

**Ohne Abstimmung**

Die Abrechnung des Gesamtbudgets Stadtjugendpflege - UA 4604, 4605, 4606, 4609- für das Haushaltsjahr 2010 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 26.411,81 € ab. Der Überschuss wird zu 70%, d.h. in Höhe von 18.488,00 € in das Haushaltsjahr 2011 über-tragen.

6. Budgetabrechnung 2010:  
Budget Standesamt - UA 0501

**Ohne Abstimmung**

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2010 ein positiver Übertrag auf 2011 in Höhe von

**13.887,00 €**

7. Antrag der KIK Nr. 98/2011;  
Protokollierung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der KIK Fraktion.  
Bürgermeister Christof geht im Folgenden ausführlich auf seinen Antrag ein und erklärt eingangs, dass bei der entsprechenden zeitnahen Vorlage der Protokolle zur Geneh-migung auf die hilfweise Überlassung einer CD verzichtet werden könne.  
Im Übrigen verweist er auf die Bedeutung der inhaltlichen Abfassung eines Protokolls insbesondere mit Blick auf die Nachvollziehbarkeit. Eine Stadt müsse ein Interesse daran haben, die Protokolle in dergestalt abzufassen, dass in der Zukunft ein Sitzungs-verlauf nachvollzogen werden könne. Im Übrigen lege er wert darauf, aus den Proto-kollen die Meinungen der Fraktionen und Gruppen herauslesen zu können. Dies insbe-sondere mit Blick auf mögliche Regressforderungen und einer juristischen Verwertbar-keit.  
Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der Protokollführer gegenwärtig be-reits über das in der Geschäftsordnung erforderliche Maß die Niederschriften abfasse und eine Protokollierung entsprechend der Forderungen sehr zeitaufwendig sei. Dar-über hinaus gibt er die dann möglichen Diskussionen bei der Genehmigung des Proto-kolls zu Bedenken.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass eine juristische Verwertbarkeit lediglich hinsichtlich der in der Gemeindeordnung enthalten Pflichtbestandteile (Beschlüsse) gelten könne. Die vom Protokollführer darüber hinausgehenden Ausführungen können lediglich als Indiz dienen, jedoch nicht zur juristischen Verwertung.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die künftige Abfassung des Protokolls. Hierbei wird von der CSU der Umfang des Protokolls, von dem man ursprünglich vor Jahren abgekommen sei, zu Bedenken gegeben.

Ansonsten wird vermehrt die Auffassung vertreten, dass eine entsprechende Abfassung des Protokolls möglich sei und insbesondere die Bedenken hinsichtlich der Diskussion bei der Genehmigung nicht gesehen würden.

Oberbürgermeister Müller schlägt abschließend vor, den Beschlussentwurf hinsichtlich der Meinung der Fraktionen und Gruppen insoweit zu ändern, dass dies bei wichtigen Themen mittels Fraktionsabfrage gewährleistet werde.

#### **B. Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Zur Sicherstellung einer zeitnahen Protokollierung wird die Verwaltung beauftragt, die Niederschriften bis zur nächsten Sitzung, spätestens zur übernächsten Sitzung des jeweiligen Gremiums zur Genehmigung vorzulegen. Hierzu ist den Fraktionen und Gruppen ein Exemplar mit der Einladung zuzustellen.

#### **C. Mit 25 : 1 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, die Protokolle in der Form abzufassen, dass die Meinung der Fraktionen und Gruppen erkennbar wird. Dies ist bei wichtigen Themen mit der Abfrage der Fraktionen und Gruppen zu gewährleisten.

- D. Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass man die Tonbandaufzeichnungen für sechs Jahre aufbewahren könne, so wie es Bürgermeister Christof alternativ zur Fraktionsmäßigen Abfassung der Wortbeiträge beantragt habe.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dies sei nicht möglich und verweist auf die Muster-geschäftsordnung (Rechtslage), die eine sofortige Löschung der Aufzeichnungen nach der Genehmigung vorsieht. Insoweit sei die gegenwärtig gültige Geschäftsordnung nicht rechtmäßig.

#### **8. Jubiläumsausstellung der Stadt Kitzingen zum 125. Geburtstag von Richard Rother im Jahr 2015**

(Bürgermeister Christof ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

- A. Verwaltungsrat Hartner geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und verweist auf eine Projektskizze der PAM e. V., die bezüglich des 125. Geburtstages von Richard Rother eine Ausstellung vorgeschlagen habe. Seiner Auffassung nach sei es unstrittig, dass die Stadt zu Ehren des Künstlers eine solche Ausstellung präsentiert. Zu klären sei die Frage hinsichtlich der Ausschreibung. Der Bezirk, der ein solches Projekt unterstütze, rege eine Ausschreibung an, an der sich die PAM entsprechend beteiligen könne. Jedoch würde man mit der Vergabe an die PAM die Ausstellung in die Hände von erfahrenen Ausstellungsmachern legen und man damit auf ein bewährtes Team zurückgreifen könne.



Stadträtin Kahnt als stellvertretende Kulturreferentin erklärt, dass es keine Frage sei, ob die Stadt eine Jubiläumsausstellung zum 125. Geburtstag von Richard Rother veranstalten solle.

Hinsichtlich der Umsetzung sei es reizvoll, auf einen anderen als den bewährten Ausstellungsmachern der PAM zuzugehen und einen entsprechenden Wettbewerb durchzuführen.

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls für die Jubiläumsausstellung aus und hält eine Ausschreibung im Grunde auch für das richtige Vorgehen. In diesem Fall könne er sich jedoch die PAM als bewährtes Kitzinger Ausstellungsteam vorstellen

Stadträtin Wallrapp schließt sich soweit Stadtrat Böhm an und erklärt, dass sich das Ausstellungsteam bereits sehr mit Richard Rother beschäftigt habe, die Ausstellungen der PAM stets ein großer Erfolg seien und die Ausstellungsmacher bereits auf bestehende Unterlagen zurückgreifen können.

Stadtrat Pauluhn verweist ebenfalls auf die Bedeutung einer Ausschreibung, könne jedoch bei diesem Kitzinger Thema darauf verzichten und schlägt ebenfalls die PAM vor. Er bedauert es, dass der Kulturbeirat keine Stellungnahme zu diesem Projekt abgegeben habe.

Stadtrat Moser könne seinen Vorrednern ebenfalls zustimmen und verweist auf die hervorragende Arbeit der PAM. Er wünsche sich jedoch mit Blick auf vergleichbare Sachverhalte die Loyalität der Stadträte und verweist auf die Entscheidung hinsichtlich des Weinfestes, welches trotz des Erfolges ausgeschrieben werden musste.

Stadtrat Schmidt verweist auf die Qualität der Ausstellungen der PAM und erklärt, dass bei diesem Kitzinger Thema die PAM für die Durchführung prädestiniert sei. Die Mehrheit der UsW werde dem so zustimmen.

Stadträtin Stocker fehlt die Stellungnahme des Kulturbeirates, welcher sich vor einer Entscheidung im Stadtrat damit befassen sollte.

Oberbürgermeister Müller gibt soweit Recht, dass dies wünschenswert gewesen wäre, es aber bei den Stadträten zu keiner anderen Entscheidung führen würde.

Als Oberbürgermeister Müller den Beschlussentwurf zur Vergabe an die PAM aufruft, fragt Stadtrat Moser nach, ob zunächst die Ausschreibung als der weitestgehende Antrag behandelt werden müsse.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass bei einem Verwaltungsvorschlag der Aspekt „weitestgehend“ nicht relevant sei.

#### **B. Mit 25 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der Präsentation einer Jubiläumsausstellung zum 125. Geburtstag von Richard Rother besteht Einverständnis.

#### **C. Mit 15 : 10 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, zum Zwecke der Jubiläumsausstellung die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der PAM um ein Jahr zu verlängern.

9. Nordtangente BA III b - Umbau Kreuzung Nordtangente/St 2271 zu einer höhenfreien Kreuzung  
Umbauvereinbarung mit Staatlichem Bauamt

- A. Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung. Stadträtin Wallrapp bittet um Beachtung, bei der Errichtung des Brückenbauwerkes die Höhen einzuhalten, damit die Schwertransporte der Firma Huppmann diese Brücke unterfahren können. Sie verweist auf eine weitere Brücke im Verlauf der ST 2272, die von den Transporten nicht durchfahren werden könne und weshalb eine aufwändige Umleitung über die Panzerstraßen notwendig sei. Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass der Plan bereits festgestellt sei und man lediglich die Maße des Brückenbauwerks prüfen könne, was Oberbürgermeister Müller zugesagt. Stadtrat Schardt verweist auf ein Brückebauwerk bei Hörblach, welches auch zunächst zu gering geplant wurde und aufgrund der Militärfahrzeuge der Bundeswehr aus Volkach im Nachhinein umgeplant werden könnte.

**B. Mit 25 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 17.03.2011, Grundsatzbeschluss Zustimmung zum Förderprogramm „Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast“, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, eine Umbauvereinbarung zwischen der Stadt Kitzingen und dem Staatlichen Bauamt abzuschließen.

10. Information von Oberbürgermeister Müller  
Sachstandsinformation Sickergrund

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in Kürze auf der Bahn die weißen Markierungen aufgebracht werden und die Abnahme der Bahn in der 41. Kalenderwoche erfolgen könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

11. Information von Bauamtsleiter Graumann  
weiteres Vorgehen Goldener Löwe

Bauamtsleiter Graumann verweist auf das im privaten Eigentumsverhältnis stehende Gebäude „Goldener Löwe“, welches in einem baulich sehr schlechten Zustand, jedoch städtebaulich nicht unbedeutend sei. Gespräche mit dem Amt für Denkmalschutz verdeutlichten, dass möglicherweise eine Sanierung wirtschaftlich nicht umzusetzen sei. Im Grunde bestehe die Möglichkeit, in einem wettbewerbsähnlichen Verfahren Entwicklungswege aufzuzeigen. Dabei sollte das gesamte Areal um den „Goldenen Löwen“ betrachtet werden. Hierfür gebe es eine Förderung in Höhe von 60 %.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass zunächst geprüft werde, welche Entwicklungsmöglichkeiten es mit bzw. ohne Erhalt des Gebäudes „Goldener Löwe“ gebe. Anschließend könne ggf. in einem zweiten Schritt die Angelegenheit tiefer betrachtet werden. Die Information wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

## 12. Anfragen von Stadträtin Glos

Stadträtin Glos fragt nach, wann die Schotterhügel am geplanten provisorischen Parkplatz am Bahnhof beseitigt werden und die Parkplätze genutzt werden können. Oberbürgermeister Müller sagt zu, zu prüfen, bis wann der Parkplatz genutzt werden könne.

Stadträtin Glos verweist auf die Fraktionsvorsitzendenbesprechung mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband in Sachen D. Paul-Eber-Schule und erfragt den Sachstand hinsichtlich der Brücke zur Mondseeinsel.

Oberbürgermeister Müller erklärt, hierzu noch Informationen gegeben werden.

Stadträtin Glos fragt nach dem Sachstand Kupsch und Barreis-Gebäude, worauf Oberbürgermeister Müller hinsichtlich Kupsch auf Absagen verweist und darüber hinausgehende Aussagen nur in nichtöffentlicher Sitzung geben könne.

## 13. Anfrage von Stadtrat Schmidt

### Sachstand Bauangelegenheit Verwaltungs- und Bauausschuss

Stadtrat Schmidt verweist auf den Ausgang der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 20.09.2011 und fragt nach, ob man im Nachgang der Beschlussfassung mit dem Bauwerber gesprochen habe.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass im Nachgang Gespräche geführt wurden und die Bauwerber nach einer Bedenkzeit wieder auf die Stadt zugehen wollten. Am Freitag, 30.09.2011 findet ein Termin beim Oberbürgermeister statt, woraus man sich eine Aussage erwarte und worüber man dem Stadtrat berichten werde.

## 14. Anfrage von Stadtrat Schmidt

### Fotoserie Tag der offenen Tür Marshall Heights

Stadtrat Schmidt bittet darüber hinaus den Tag der offenen Tür in einer Fotoserie zu dokumentieren, die für die Nachwelt aufbewahrt werde und die ggf. in einer Bürgerversammlung der Bevölkerung gezeigt werden könne.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die BIMA als Eigentümerin zustimmen müsse und er wisse, dass die BIMA dem eher kritisch gegenüberstehe.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, nochmals auf die BIMA zuzugehen.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass die Presse bereits die Genehmigung habe und dies in gleicher Weise für die Stadt Kitzingen gelten müsse. Seiner Auffassung nach, müssten derartige Forderungen vehement gegenüber der BIMA geäußert werden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass im Falle einer Absage die Stadt sich entsprechend daran halten müsse.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.**